Bundesrat

Kritik an Milliardenpritze für Kassen

Der Bundesrat hat die vom Bundeskabinett für nächstes Jahr gebilligte Finanzspritze über 1,5 Milliarden Euro für gesetzliche Krankenkassen kritisiert. Die Länderkammer monierte in einer Stellungnahme, dass die Ausschüttung „fachlich nicht zielführend und kurzsichtig“ sei. Die finanzielle Schieflage der Kassen könne durch eine Einmalzahlung nicht beseitigt werden. Weiterhin kritisierte der Bundesrat, dass die Finanzspritze aus den Beiträgen der gesetzlich Versicherten bezahlt werde. Da der Bundestag mit den Mitteln jedoch die Versorgung von Asylbewerbern finanzieren wolle, sei dies eher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, heißt es von Seiten der Länder. Die Bundesregierung wies die Vorwürfe zurück und stellte eine vorübergehende Belastung in den Vordergrund. Sobald die Asylbewerber erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert seien, komme es zu zusätzlichen Einnahmen. Zudem fielen die Investitionen in die Telematik lediglich einmalig im nächsten Jahr an.

Hintergrund: Im August hatte das Bundeskabinett grünes Licht für die Milliardenpritze aus den Reserven des Gesundheitsfonds gegeben. Nach Angaben von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) soll mit dem Zuschuss der Aufbau der Telematikinfrastruktur finanziert und die vorübergehende Mehrbelastung der Kassen im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen abgefangen werden. Eine Zustimmung des Bundesrates für die höheren Zuweisungen an die Krankenkassen ist nicht notwendig. cas

Private Krankenversicherung

Beitragserhöhungen für zwei Drittel der Versicherten

Versicherte müssen sich für das nächste Jahr auf deutliche Beitragssteigerungen in der privaten Krankenversicherung (PKV) einstellen. Nach einem Bericht der Stuttgarter Nachrichten werden die Beitragssätze im Durchschnitt um elf bis zwölf Prozent steigen. Von diesem Beitragssprung seien etwa sechs Millionen der insgesamt rund neun Millionen privat Krankenversicherten betroffen.

Der Vorsitzende des PKV-Verbandes, Dr. Volker Leienbach, bestätigte auf Anfrage der Zeitung „untypische Beitragserhöhungen“. Genaue Zahlen wollte er nicht nennen. Wie die Zeitung schreibt, werden die Kunden darüber ab November in den Tarifmitteilungen informiert.

Nach Medienberichten macht der PKV-Verband zwei Faktoren für die Beitragssteigerungen verantwortlich: steigende Kosten für die medizinische Versorgung und die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Demnach sorgten anhaltend niedrige Zinsen dafür, dass die Versicherer nur wenig Einnahmen erwirtschaften können. „Was am Kapitalmarkt nicht zu erwirtschaften ist, muss durch eine Erhöhung der Vorsorge ausgeglichen werden“, erklärte Leienbach gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“. Dies sei gesetzlich vorgeschrieben. Nun treffe es die privat Krankenversicherten „wie andere Sparer auch“, sagte Leienbach. cas

Gesetzliche Krankenversicherung

Durchschnittlicher Zusatzbeitrag bleibt doch stabil

Gesetzlich Krankenversicherte bleiben im nächsten Jahr von steigenden Beiträgen verschont. Das geht aus der Prognose des Schätzerkreises der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hervor, die das Bundesversicherungsamt (BVA) Mitte Oktober veröffentlicht hat. Entgegen der Voraussagen vieler Kassenvertreter und Ökonomen soll der durchschnittliche Zusatzbeitrag im Wahljahr 2017 weitgehend stabil bleiben. Die Prognose ist Grundlage für die offizielle Entscheidung des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), das den endgültigen Wert voraussichtlich im November festlegen wird.

Die Experten des BVA, der Kassen und des BMG errechneten für 2017 Einnahmen des Gesundheitsfonds in Höhe von rund 215 Milliarden Euro. Hinzu kommen etwa 14,5 Milliarden Euro Zuschuss des Bundes. Die Ausgaben werden laut Experten im nächsten Jahr bei rund 229 Milliarden Euro. Die Differenz wird über den durchschnittlichen Zusatzbeitrag ausgeglichen, der weiterhin bei 1,1 Prozent des Einkommens liegen soll.

Mit Blick auf die Ergebnisse machte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe deutlich, dass die GKV auf finanziell sicherem Fundament stehe. Gleichzeitig kritisierte er die Debatte über steigende Beiträge im Vorfeld. „Solche Panikmache, die die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversiche-

rung verunsichert, sollte künftig unterbleiben“, forderte der Minister.

Hintergrund: Seit 2015 kann jede Kasse die Höhe des individuellen Zusatzbeitrags für die Arbeitnehmer selbst festlegen. Dieser kommt zum allgemeinen Beitrag, der auf 14,6 Prozent fixiert ist, hinzu. Erhebt eine Kasse einen Zusatzbeitrag über dem vom BMG festgelegten Durchschnitt, muss die Kasse ihre Versicherten über die Wechselmöglichkeiten zu einer günstigeren Kasse aufklären. cas